FDP Waldeck-Frankenberg

FREIE DEMOKRATEN FORDERN KAMPAGNE GEGEN DISKRIMINIERUNG HIV-INFIZIERTER

01.12.2020

- **Unwissen über HIV-Virus ist noch immer groß**
- **Durch Aufklärung Stigmatisierung entgegenwirken**
- **Freie Demokraten stellen Antrag im Landtag**

WIESBADEN – Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag fordern eine Aufklärungs- und Informationskampagne gegen Diskriminierung HIV-positiver Menschen. „Noch immer werden HIV-positive Menschen diskriminiert, ob am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft oder sogar im Gesundheitsbereich. Es reicht nicht, ein Mal im Jahr zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember darauf aufmerksam zu machen. Wir müssen Diskriminierung und Stigmatisierung dauerhaft bekämpfen“, sagt Wiebke KNELL, Sprecherin der Fraktion für Gleichstellung und Diversity. Die Freien Demokraten haben daher einen Antrag (Drs. 20/4192) gestellt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine wirksame Kampagne zu starten. „Ziel muss es sein, das Wissen über HIV zu steigern und Stigmatisierungen sowie Diskriminierungen HIV-positiver Menschen abzubauen. Dabei sollten sowohl die hessische Antidiskriminierungsstelle als auch Vereine und Gesellschaften einbezogen werden, die oft schon viel Erfahrung im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit für HIV-positive Menschen haben“, erläutert Knell. Die Kampagne solle sich zudem an alle Altersgruppen richten und auch auf die Beratungs- und Hilfsangebote hinweisen.

Knell ergänzt: „Jungen Menschen wird bereits früh vermittelt, wie sie sich vor der Krankheit schützen können. Die medizinische Forschung hat beachtliche Erfolge erzielt, und mittlerweile kann eine HIV-Infektion behandelt werden, sodass Infizierte weder eine geringere Lebenserwartung haben, noch die Erkrankung AIDS ausbricht. Dennoch herrscht nach wie vor viel Unwissen über das Virus und über die

Abgerufen am 05.12.2025 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=885

Behandlungsmöglichkeiten sowie Infektionswege.“ Daher sei es dringend erforderlich, dass die Landesregierung eine Kampagne aufsetze, die sich vor allem gegen die Diskriminierung der Betroffenen richte. „Das kann durch Informationen in der Schule erfolgen, ebenso durch Plakatierungsaktionen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und den Einsatz der sozialen Medien“, erklärt Knell.

Abgerufen am 05.12.2025 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=885